

**Zeitschrift:** Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel  
**Herausgeber:** Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel  
**Band:** 165 (1987)

**Artikel:** Die Geschichte der Basler Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1914 : Band II  
**Autor:** Haerberli, Wilfried  
**Kapitel:** 2.: Die Reorganisation der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1006835>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

dienste zu verweigern, die sie für die unter einem Riesenstreik leidenden Krefelder Seidenfärbereien leisten sollten. Da die Unternehmer jede Verhandlung mit der organisierten Arbeiterschaft ablehnten und das Vermittlungsangebot des 1911 geschaffenen Einigungsamtes ausschlugen, standen weite Kreise der Bevölkerung diesmal dem Ausstand mit Sympathie gegenüber. Wegen des Streikpostenstehens entwickelten sich Scharmützel zwischen der Arbeiterschaft und der Polizei, wobei einige Demonstranten Säbelhiebe abbekamen. Am 14. Juni beschloss der Regierungsrat, den Stab und zwei Kompagnien des Bataillons 97 *auf Pikett* zu stellen. Da es in der Folge ruhig blieb, kam die Truppe nicht zum Einsatz und wurde nach einer Woche ihrer Pflicht wieder entbunden. Trotz kräftiger Unterstützung durch die übrige Basler Arbeiterschaft, die 17 000 Franken Unterstützungsgelder aufbrachte, mussten die Ausständischen nach fünf Wochen Streik, nach Kämpfen zwischen Streikposten und Streikbrechern klein begeben, ohne einen Tarifvertrag zu erreichen.

Nach der Pause des Ersten Weltkriegs entbrannte der Hochklassenkampf auf lokaler und nationaler Ebene mit dem *Landesstreik vom November 1918* aufs neue, mit bisher noch nicht erlebter Wucht. Er hat erst mit dem «Friedensvertrag» der Metallindustrie von 1937 dem Arbeitsfrieden Platz gemacht.

## 2. Kapitel:

### *Die Reorganisation der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz<sup>1)</sup>*

Die 1888 gegründete Sozialdemokratische Partei der Schweiz hatte sich durch die *Statutenrevision von 1891* von einer direkten, auf Einzelmitgliedern aufgebauten, grundsätzlich zentralistischen Partei in einen weitgehend *indirekten Föderativverband* verwandelt. Auf Lokalsektionen und Kollektivmitgliedern basierend, stellte sie ein völlig dezentralisiertes Gebilde dar, dem jegliche Möglichkeit zu einer erfolgreichen Tätigkeit auf Bundesebene fehlte. Bei einer Mitgliederzahl von rund 3000 im Jahre 1893 umfasste sie nur einen *Bruchteil der organisierten Arbeiterschaft*. Bis zur Jahrhundertwende sank diese Zahl auf ca. 800 zahlende Mitglieder. Ohne ausreichende Mittel, ohne hauptamtliches Parteisekretariat war sie einem raschen Wechsel der Präsidenschaft unterworfen und entbehrte der Kontinuität in der Führung. Immer mehr verlagerte sich die Parteitätigkeit in die Kantone und einzelnen Ortschaften. Mit dem allmählichen Rückzug Stecks aus dem Parteileben trat auch dessen Konzeption der Sozialdemokratie als einer Volkspartei in den Hintergrund. Immer deutlicher wurde die Tendenz der neuen Führer, die Partei ausschliesslich zu einer Organisation der Arbeiterschaft zu machen.

Nachdem der Schweizerische Grütliverein 1893 durch Urabstimmung das Bekenntnis der Oltener Delegiertenversammlung vom Oktober 1892 zur Sozialdemokratie erhardt hatte, war die erste Voraussetzung geschaffen, die *organisatorische Grundlage* der Partei zu *verbreitern*. Am Winterthurer Parteitag von 1896 stand die Reorganisation der Partei erstmals seit der Annäherung des Grütlivereins an die Sozialdemokra-

tie auf der Traktandenliste. Eine Kommission wurde damit betraut, die Vorarbeiten an die Hand zu nehmen. Noch bevor sie ihre Arbeit abgeschlossen hatte, ergriff der Grütliverein die Initiative. Verbandssekretär Wullschleger und «Grütlianer»-Redaktor Mettier legten ein Projekt vor, das die Partei auf breiteste Grundlage stellte. Als Föderativverband sollte sie sich im wesentlichen auf die Mitglieder des Grütlivereins und des Gewerkschaftsbunds stützen, daneben aber auch andere Arbeitervereine umfassen.<sup>2)</sup> Der Vorschlag scheiterte daran, dass sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund neutral erklärte. Hätte sich das Projekt verwirklichen lassen, so hätte sich die Partei vor einem ähnlichen Dilemma befunden wie der Alte Arbeiterbund der siebziger Jahre. Die Auseinandersetzungen zwischen dem rein schweizerischen politischen und dem gewerkschaftlichen, stark vom ausländischen Element bestimmten Flügel hätten die Parteiorganisation wohl in kurzer Zeit sprengen müssen. Wullschleger zog rasch die Konsequenzen: Spätestens seit 1899 stand für ihn fest, dass die zukünftige SPS aus einer *Vereinigung der bisherigen Miniaturpartei mit dem immer noch mehr als 10 000 Mitglieder aufweisenden Grütliverein* hervorgehen und eine im wesentlichen politische Organisation bleiben müsse. Als ehemaliger Parteipräsident und dormaliger GrütliSekretär war er berufen, den Zusammenschluss in die Wege zu leiten.

Im Jahresbericht des Schweizerischen Grütlivereins für 1900 stellte *Wullschleger* der schweizerischen Arbeiterschaft erstmals sein Reorganisationsprojekt in den Grundzügen vor.<sup>3)</sup> Ein ausgearbeiteter Statutenentwurf wurde der Delegiertenversammlung des Grütlivereins und dem Kongress der SPS vorgelegt, die nacheinander am 21. und 22. September in Solothurn tagten. Nach ausgiebiger Diskussion nahmen beide Gremien die neuen Statuten an. Rechtskräftig wurden sie, nachdem die Urabstimmung des Grütlivereins ihnen im Oktober zugestimmt hatte. Der *21./22. September 1901* ist unter dem Namen «*Solothurner Hochzeit*» in die Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung eingegangen. Erst mit diesem Ereignis beginnt die SPS, in der schweizerischen Politik mitzuzählen.

Nach § 1 der vom 6. November 1901 datierten neuen Parteistatuten wird die SPS einerseits aus dem Schweizerischen Grütliverein, andererseits aus den kantonalen Arbeiter- und Parteiverbänden, aus lokalen Arbeiterunions und Parteiverbänden und aus einzelnen Parteivereinen in Gebieten ohne übergreifende Organisation gebildet, wobei nur deren schweizerische Mitglieder als Parteiangehörige gelten.<sup>4)</sup> Als Parteiorgane sieht § 3 die Geschäftsleitung, das Parteikomitee und den Parteitag vor. Der Vorort der Partei fällt mit jenem des Grütlivereins zusammen. In allen drei Organen ist der Grütliverein sehr stark vertreten. Die Finanzierung erfolgt vornehmlich durch Pflichtbeiträge aller der Partei angehörenden Verbände und Vereine im Ausmass von wenigstens 10 Rappen pro Jahr und schweizerischem Mitglied.

Die «*Solothurner Hochzeit*» stellte eine *Verbindung zweier sehr ungleicher Partner* dar. Nicht nur wies der Grütliverein das Vielfache der Mitgliederzahl auf wie die bisherige Partei; er war auch finanziell weitaus besser fundiert, besass eine lange Tradi-

tion, einen engern Zusammenhang zwischen Zentralkomitee und Sektionen und im Gegensatz zu den auf die industriellen Zentren beschränkten Parteiorganisationen im ganzen Lande herum wertvolle Stützpunkte für umfassende politische Aktionen. So war es gegeben, dass ihm in den Statuten eine vorherrschende Stellung eingeräumt wurde. Die Ebenbürtigkeit der Partner vortäuschende Metapher der «Solothurner Hochzeit» widerspricht den wirklichen Verhältnissen; eher müsste man von Anlehnung des jüngern und kleineren Bruders an den grösseren und älteren sprechen.

Die von der gegnerischen Presse rasch erkannte und zum Teil gehässig kommentierte Reorganisation der SPS hatte bei deren Mitgliedern ein verstärktes Selbstvertrauen zur Folge, was sich günstig auf die kantonalen und lokalen Wahlen des folgenden Jahres auswirkte. Die formelle Konstituierung der Partei auf der verbreiterten Grundlage zog sich allerdings noch weit ins Jahr 1902 hinein, da vielerorts die kantonale und lokale Parteiorganisation vor dem ausdrücklichen Beitritt zur Landespartei reorganisiert wurde. Der erste Parteitag neuen Stils vom 2. August 1902 in Winterthur erklärte den «Grütlianer» zum offiziellen Parteiorgan und übertrug die Funktion eines Vororts der Grütlihochburg Biel, nachdem Luzern diese Last während Jahren getragen hatte.<sup>5)</sup>

Nachdem die Partei reorganisiert war, trat ein Problem in den Vordergrund, das schon 1895 erstmals auf der Traktandenliste des Parteitags gestanden hatte: die *Revision des Steckschen Parteiprogramms*. Die Erfolge der Partei in der kommunalen Sozialpolitik hatten das Interesse der Mitglieder für die grundsätzlichen Fragen erlahmen lassen; eine Programmdiskussion war dazu angetan, es neu zu entfachen. Zudem entsprach das einseitig politische Programm Stecks nicht mehr dem wachsenden Verständnis für die gewerkschaftliche Tätigkeit und vor allem für den genossenschaftlichen Gedanken, wie ihn innerhalb der Partei am eindrucklichsten Stephan Gschwind vertrat. Eine bereits 1895 ernannte Programmkommission unter dem Präsidium Dr. Studers legte dem Oltener Parteitag vom 4. Oktober 1903 einen ersten Entwurf vor, ein im wesentlichen von Dr. Otto Lang stammender definitiver Text wurde dem Zürcher Parteitag vom 20./21. November 1904 unterbreitet und nach einlässlicher Diskussion einstimmig angenommen.<sup>6)</sup>

*Das Langsche Parteiprogramm* – das letzte der Vorkriegszeit – gliedert sich in einen grundsätzlichen und einen praktischen Teil. Jener umfasst eine kurze Prinzipienklärung und zwölf sie interpretierende Erwägungen, dieser zwanzig Grundsatzforderungen mit stichwortartigen detaillierten Hinweisen auf deren Verwirklichung.

Das Programm von 1904 spiegelt einerseits die Klassenkampfsituation jener Jahre wider; gleichzeitig schlägt sich in ihm das Bekenntnis seines Schöpfers zum sogenannten *orthodoxen Marxismus Karl Kautskys* nieder.<sup>7)</sup> Das erweist sich vor allem in der nach marxistischem Vorbild vorgenommenen Analyse von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat, aber auch in der Zielsetzung: der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Die schweizerische Demokratie wird als Klassenstaat bezeichnet; gerade deshalb bekennt sich die schweizerische Sozialdemokratie zum internationalen Sozialismus.

Das Endziel soll grundsätzlich auf demokratischem Weg erreicht werden, doch fordert das Programm den «*proletarischen Klassenkampf*», den es allerdings einseitig als Folge des bürgerlichen Klassenkampfes versteht.

Zwar ist der marxistische Einschlag im sogenannten Zürcher Parteiprogramm weit eindeutiger als in jenem Stecks, doch ist es auch nach 1904 nicht angängig, die SPS einfach als marxistische Partei zu bezeichnen. Die gegnerische Presse wies schon in der Berichterstattung über den Zürcher Parteikongress mit Nachdruck auf das in der Prinzipienklärung enthaltene Bekenntnis zum Klassenkampf hin. Die Erwägungen, das konkrete Arbeitsprogramm, vor allem die später angewandten praktischen Mittel bei dessen Verwirklichung, lassen aber erkennen, dass dieser Kampf grundsätzlich auf dem Wege der friedlichen Evolution, nicht gegen den Staat, sondern unter Benützung von dessen demokratischen Einrichtungen erfolgen soll. Die Demokratie wird als Staatsform bejaht, doch soll ihr ein anderer Inhalt gegeben werden. Das Bekenntnis zur Demokratie schweizerischer Prägung zeigt sich vielleicht am besten bei der Landesverteidigung. Diese wird – wie das Milizheer – grundsätzlich bejaht, doch fordert Punkt 4 des Arbeitsprogramms eine weitgehende Demokratisierung des Heerwesens. Nicht zuletzt im Hinblick darauf hat Wullschleger das Langsche Programm als «*urhig schweizerisch*» empfunden. Das entscheidend Neue gegenüber der Steckenschen Konzeption bestand darin, dass die Sozialdemokratie weniger als Volks- denn als *Klassenpartei* aufgefasst wurde – nicht zuletzt als Folge der sich seit der Parteigründung verschärfenden sozialen und politischen Spannungen. Indem die SPS aufgefordert wurde, den gewerkschaftlichen Kampf und das Genossenschaftswesen zu unterstützen, wurden zwei Bewegungen grundsätzlich anerkannt, die seit den neunziger Jahren ständig an Bedeutung gewonnen hatten. Das gemeinsame Bekenntnis von Partei und Gewerkschaft zur klassenkämpferischen Solidarität im Jahre 1910 stellte dann einen entscheidenden neuen Schritt zu einer internationalistischen Massenpartei dar und rückte die SPS noch mehr vom Grundgedanken Stecks ab.

Gruner weist mit Recht darauf hin, dass einzelne Postulate des Programms von 1904 erst kürzlich (Gleichstellung von Frau und Mann im öffentlichen und im Privatrecht) oder noch gar nicht verwirklicht worden sind (Heranziehung von entsprechend qualifizierten Fabrikarbeitern zur Kontrollaufgabe der Fabrikinspektoren).

Nach der Verbreiterung der organisatorischen Grundlage und der Annahme eines sowohl im Grundsätzlichen wie im Praktischen Klarheit schaffenden und damit die Agitation erleichternden Programms schien einem raschen Aufstieg der Partei nichts mehr im Wege zu stehen. Wenn die bei vielen hochgespannten Erwartungen nicht sogleich in Erfüllung gingen, so lag dies an den Schwächen, die der Lösung von Solothurn anhafteten.

Da die organisatorische Verschmelzung des Grütlivereins mit der SPS beim immer noch kleinbürgerlich denkenden rechten Flügel des Vereins Anstoss erregte, konnte der Mitgliederschwund auch nach der Jahrhundertwende nicht aufgehalten werden, so dass die Grütlianner im Jahre 1905 bei einer Gesamtzahl von 20 000 Parteimitglie-

dern gegenüber den Parteigenossen im engern Sinn in die Minderheit versetzt wurden. Aber nicht nur numerisch hatte sich das Schwergewicht innerhalb der Partei verlagert. Schon im Jahresbericht des Grütlivereins für 1903 beklagte sich dessen Verfasser, die Parteiinstanzen spielten jene des Grütlivereins immer mehr an die Wand, diesen bleibe nur noch die Behandlung intern- technischer Fragen übrig.<sup>8)</sup> Bedenklich wirkte sich das Ausscheiden Wullschlegers als Verbandssekretär nach seiner Wahl zum Regierungsrat aus. Das Sekretariat konnte erst 1905 wieder besetzt werden. Der neue Sekretär, Fähndrich, war zugleich erster Parteisekretär der SPS, was eine Erhöhung des Jahresbeitrags pro Mitglied auf 20 Rappen zur Folge hatte. Damit war aber das Problem der Parteifinancen noch lange nicht gelöst. In den Jahresberichten nehmen die Klagen über die *Mittellosigkeit der Partei* immer beschwörendere Formen an. Wenn der Bieler Geschäftsleitung und dem mit rund 60 Mitgliedern viel zu umfangreichen Parteikomitee immer wieder mangelnde Initiative vorgeworfen wurde, so vergassen die Kritiker, dass man diesen Gremien eine im Grunde unzumutbare Last aufgebürdet hatte, war es doch für die ehrenamtlich tätigen Parteiführer praktisch unmöglich, ihrer Doppelrolle als Leiter des Grütlivereins und der Partei gerecht zu werden.

Seit 1906 wurde die *Reorganisation der Parteistatuten* ernsthaft diskutiert. Eine Revisionskommission sollte dem Oltener Parteitag des Jahres 1908 einen Statutenentwurf vorlegen. Wullschleger arbeitete darin in hervorragender Weise mit. Greulich, als Kommissionsreferent, bezeichnete am 28. November vor den Parteitagsdelegierten vor allem die Parteifinancen als remedurbedürftig, alle andern Probleme seien daneben zweitrangig: «Werte Genossen, wir haben keine Kasse, das ist der brennende Punkt!»<sup>9)</sup> Die von einzelnen Parteigenossen geforderte Trennung von Parteileitung und Grütli-Zentralkomitee wurde abgelehnt, der Grütliverein als Kristallisationspunkt beibehalten, umsomehr als er seit 1906 mitgliedermässig und organisatorisch wieder einen Aufschwung erlebte. Noch einmal konnte der von vielen befürchtete, von einzelnen erhoffte Bruch zwischen Partei und Grütliverein verhindert werden.

Die Statuten von 1908 änderten wenig an jenen von 1901. In der Geschäftsleitung erhielten die eigentlichen Parteidelegierten ein leichtes Übergewicht gegenüber den Grütlianern, von einer wirksamen Entlastung der Parteiführer konnte nicht die Rede sein. Bezüglich der Parteifinancen blieb vorläufig alles beim alten, d.h. bei einem Mitgliederbeitrag von minimal 20 Rappen. Greulichs Vorschlag, zu der direkten Steuer des Kartensystems überzugehen, wurde der Geschäftsleitung zur Prüfung überwiesen.

Die Revision von 1908 hatte bestenfalls Palliativmittel zur momentanen Überwindung der Schwierigkeiten innerhalb der Partei bereitgestellt, von einer Lösung der Hauptprobleme konnte nicht die Rede sein. Es war deshalb wenig verwunderlich, dass die Reorganisationsfrage bereits beim von Wullschleger geleiteten Basler Parteitag vom 26./27. November 1910 erneut zur Sprache kam. Der ehemalige Basler Arbeitersekretär *Robert Grimm* stellte erstmals an einem Parteitag die föderative Struk-

tur der Partei grundsätzlich in Frage und forderte eine weitgehende *Zentralisation der Parteiorganisation*. Auf Antrag des Parteikomitees, das die Anregung aufnahm, wurde eine neue Revisionskommission gewählt.<sup>10)</sup>

Am 26. Februar 1911 kam deren Entwurf heraus. Im Gegensatz zu jenem von 1908 packte er die heissen Eisen an und sah radikale Lösungen für das seit Jahren schwebende Parteimalaise vor. Der Grütliverein sollte weitgehend aus der Parteileitung ausgeschaltet, der Parteivorort von jenem des Grütlivereins getrennt werden; im Gegensatz zu den geltenden Statuten wurde auch den Ausländern das Stimmrecht zuerkannt. Begreiflicherweise lehnte die Delegiertenversammlung des Grütlivereins das Statut am 29. Juni mit überwältigendem Mehr ab. Trotzdem beschloss das Parteikomitee, den Statutenentwurf am bevorstehenden Parteitag zur Behandlung und wenn möglich zur Abstimmung zu bringen, allerdings unter beträchtlichen Konzessionen an den Grütliverein.

Der *Oltener Parteitag vom 2./3. Dezember 1911* wies eine reich befrachtete Traktandenliste auf, der es an Zündstoff nicht fehlte (Parteitaktik, Frauenstimmrecht). Wenn er zum *bewegtesten der Vorkriegszeit* wurde, so lag dies aber am Haupttraktandum, der Statutenrevision, das eine vielstündige, äusserst erregte Diskussion hervorrief. Schliesslich wurde am Schluss des ersten Verhandlungstages Eintreten auf die Revision beschlossen. Die paragraphenweise Beratung des Entwurfs der parteioffiziellen Revisionskommission – andere Projekte waren ausgeschaltet worden – nahm praktisch den ganzen zweiten Tag in Anspruch, wobei sich die Grütlianer, die in der Eintretensdebatte harte Worte gegen die radikalen Revisionsfreunde hatten fallen lassen, intensiv beteiligten. Erleichterten Herzens konnten die Delegierten nach Hause reisen, als Grütli-Zentralpräsident Pflüger in einem versöhnlichen und noblen Schlusswort ankündigte, das Zentralkomitee des Schweizerischen Grütlivereins stimme den revidierten Statuten zu. Diese wurden denn auch mit gewaltiger Mehrheit durch Aufstehen von den Sitzen angenommen.<sup>11)</sup>

Erstmals wird in den *Statuten von 1911* genau definiert, wer als Parteigenosse zu gelten hat: jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Programms der SPS bekennt, sich durch ein Parteimitgliedsbuch über regelmässige Beiträge ausweisen kann und einer lokalen sozialdemokratischen Parteiorganisation angehört. Als solche werden in § 4 genannt: die politischen Grütlivereine, die Mitgliedschaften, die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine. Obschon ein weiterer Absatz festlegte, die Grütli-sektionen träten durch ihren Gesamtverband der Partei bei, war diese doch nun eindeutig auf den Basiselementen der Ortssektionen aufgebaut. Wichtiger war noch, dass die *Arbeiterunionen als Grundlage der Parteizugehörigkeit ausgeschaltet* wurden. Damit wurde – entgegen der Absicht Grimms – das gewerkschaftliche, weitgehend radikale Element als solches aus der Partei eliminiert: Mitglieder von Gewerkschaften hatten sich den lokalen politischen Vereinen anzuschliessen, wollten sie in der Partei Sitz und Stimme haben. Grundsätzlich blieb damit den *Ausländern* weiterhin der Zugang zur Partei offen, der ihnen seit 1908 gestattet war, wenn auch die organisatorische Di-

stanzierung von den Arbeiterunionen eine Abnahme des ausländischen Elements – durchaus im Sinne des Grütlivereins – erwarten liess. Hatte sich die Partei 1901 als eine ausschliesslich nationale Partei konstituiert, so blieb sie nach 1908 und 1911 doch eine vorwiegend *schweizerische Partei*, deren massgebliche Führer Einheimische waren und schweizerisch empfanden. Dass die Partei trotz diesen Bestimmungen weder gewerkschafts-, noch fremdenfeindlich war, geht aus § 6 hervor, der die lokalen Sektionen verpflichtete, den entsprechenden Arbeiterunionen beizutreten und damit gemäss der Grimmschen Konzeption den *Schulterschluss von gewerkschaftlicher und politischer Bewegung* zu bewerkstelligen. Es ergab sich daraus, dass die lokale Bewegung leichter radikale Formen annehmen konnte als die nationale. Zentralisierende Tendenz hatte die Forderung, die lokalen Parteiorganisationen müssten sich zu kantonalen Parteiverbänden vereinigen. Wurde der grütlianische Einfluss in den Parteiorganen leicht vermindert, so konnten es die der Revision skeptisch Gegenüberstehenden als Erfolg buchen, dass der «Grütlianer» weiterhin als Zentralorgan der Partei anerkannt wurde, obschon er bei deren radikalem Flügel wenig Sympathien genoss. Wohl die einschneidendsten Änderungen stellten die auf das Finanzwesen bezüglichen §§ 8 und 20 dar. Jener verpflichtete die lokalen Organisationen, ein genaues Verzeichnis der Parteimitglieder zu führen und dieses auf Verlangen der kantonalen oder schweizerischen Geschäftsleitung vorzuweisen. Damit wurde die bisher in grossem Ausmasse betriebene Unterschlagung von Mitgliederbeiträgen wenn nicht verunmöglicht, so doch stark erschwert. § 20 erhöhte den Jahresbeitrag von 20 auf 60 Rappen, in monatlichen Raten zu zahlen. Als Ausweis über geleistete Beiträge wurde einzig die von der SPS herausgegebene Beitragsmarke anerkannt, die durch die kantonalen Parteiorganisationen von der Geschäftsleitung zu beziehen, den lokalen Organisationen abzugeben und von diesen den Parteigenossen in das Parteibuch zu kleben und zu entwerten war. Damit war die Grundlage für die schon lange fällige *Sanierung der Parteifinanzen* gelegt.

Die Statuten von 1911 zeigen *die SPS auf dem Weg zu einer zentralisierten direkten, auf dem Basiselement der Sektion aufgebauten Massenpartei neueren Stils mit demokratischer Struktur* – auch in der Finanzierung – *und ideologisch einheitlicher Basis*. Noch waren die meisten dieser Kennzeichen für die Mehrzahl der sozialistischen Parteien der unmittelbaren Vorkriegszeit nicht rein durchgeführt und konnten solange nicht verwirklicht werden, als der Grütliverein als wesentlicher Bestandteil der Partei seine ideologische und strukturelle Eigenart beibehielt. Es entsprach dem historischen Sinn und dem Verständnis der massgeblichen Parteiführer für die spezifisch schweizerischen Bedürfnisse, dass sie die Partei nicht nach dem Vorbild einheitlicher ausländischer Organisationen aufbauten. Im Bewusstsein, dass die Zeit für die Parteieinheit und gegen den Grütliverein arbeite, waren sie zu einem *Kompromiss* bereit, der für den Augenblick die optimale Lösung darstellte. Der Aufschwung der Partei in den nächsten Jahren sollte ihnen recht geben.

Nachdem Biel während neun Jahren Vorort für Partei und Grütliverein gewesen



war, übernahm Zürich 1912 beide Funktionen. Nationalrat Dr. Studer (Winterthur), der spiritus rector der Reorganisation von 1911, wurde Parteipräsident, Grütli-Zentralpräsident Nationalrat Pflüger sein Stellvertreter. Unter den übrigen Mitgliedern der Geschäftsleitung war der starke Mann der Nationalratsfraktion, Herman Greulich, die herausragende Persönlichkeit. *Die führenden Männer verkörperten den Geist von 1911, d.h. das Juste Milieu, innerhalb der Partei.* Die wenigen Vertreter der Parteilinken, wie Platten, mussten sich mit Aussenseiterposten begnügen, Grütlianer der alten, vor-sozialdemokratischen Schule waren in der Geschäftsleitung begrifflicherweise überhaupt nicht mehr vertreten.

Die erste Folge der Parteireorganisation war ein *rasches Anwachsen* der Mitgliederzahl. Hatte diese bis 1911 zwischen 20 000 und 22 000 geschwankt, so erreichte sie kurz vor Kriegsbeginn die Zahl 33 236. Noch erstaunlicher ist der *rasche Aufschwung der Parteifinanzen*. Bis zur Reorganisation von 1911 waren die Gesamteinnahmen noch deutlich unter 10 000 Franken im Jahr geblieben; schon 1912 stiegen sie auf über 20 000 Franken an und übertrafen 1913 jene aus der Bieler Vorortszeit bereits um ein Mehrfaches.<sup>12)</sup> Damit wurde erst die Finanzierung grösserer eidgenössischer Aktionen wie die Werbung für den Nationalratsproporz und die Subventionierung der Bildungsorganisationen der Partei möglich. So trug die gestärkte Partei zusammen mit dem Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes 1912 wesentlich zur Gründung des Schweizerischen Arbeiterbildungsausschusses bei, der das Arbeiterbildungswesen in den folgenden Jahren nicht nur zu vereinheitlichen, sondern auch auf ein beachtliches Niveau zu heben vermochte. Intensiv nahm sich die Partei auch der Jugend- und der Frauenbewegung an. Haupttraktanden der letzten Vorkriegsparteitage waren Fragen der Parteitaktik und der Stellung zum Militarismus.

Wesentlichen Einfluss auf die Lokalpolitik der SPS vermochten die von ihr veranstalteten *Kommunaltage* auszuüben, deren erster 1907 in St. Gallen und deren letzter im Mai 1912 in Basel stattfand. In St. Gallen legte Pflüger als bester Kenner dieser Frage die *Grundzüge sozialdemokratischer Kommunalpolitik* dar. Er verstand die Kommunalisierung als einen ersten Schritt zur Verstaatlichung, da die Gemeinden die Zellen des Staates bildeten. In der Folge wurde diese dezentralisierte Form der Kollektivierung zu einem Hauptanliegen der sozialdemokratischen Politik in der Schweiz, schaltete sie doch auf begrenztem Gebiet die kapitalistische «Ausbeutung» aus.<sup>13)</sup>

Nicht die erhoffte Auswirkung hatten die Reorganisationen der Partei auf die *sozialdemokratische Vertretung in den gesetzgebenden Behörden*. Das Majorzsystem für die Nationalratswahlen und die Wahlkreisgeometrie der führenden freisinnigen Partei machten es einer erst im Aufstieg begriffenen Partei schwer, im Bundeshaus gemäss ihrer numerischen Bedeutung Einsitz zu nehmen. Zudem liess gerade in der Arbeiterschaft die Stimmbeteiligung zu wünschen übrig. Nachdem 1899 Wullschleger als bisher einziger Sozialdemokrat in Vogelsanger (ZH) und Gschwind (BL) Unterstützung erhalten hatte, wurden 1902 mit bürgerlicher Unterstützung gleich sieben So-

zialdemokraten in den Nationalrat gewählt: die nach ihrem Führer genannte *Kapelle Greulich*, die in der Folge der sozialpolitischen Gruppe der Bundesversammlung beitrug. Nach Gruner handelte es sich um eine Art grütlianischer Honoratioren-Elite, hatten doch nur sehr gemässigte Sozialdemokraten Wahlchancen. Dies zeigte sich bei den Wahlen des Jahres 1905: Der Hochklassenkampf, die antimilitaristische Grundwelle in der Arbeiterschaft und die Ablehnung jedes Wahlkompromisses durch die SP führten zu einem bedenklichen Rückschlag; es wurden nur noch zwei Sozialdemokraten gewählt. 1908 stieg die Vertretung wieder auf sieben an, und 1911 erreichte die Fraktion mit 17 Mitgliedern und dem ersten Ständerat erstmals eine beachtliche Stärke. Zwar präsidierte *Greulich* weiterhin die Fraktion; die treibende Kraft wurde jedoch der ehemalige Basler Arbeitersekretär *Robert Grimm*. Aber erst die Einführung des *Nationalratsproporz* in der unmittelbaren Nachkriegszeit liess die SPS-Vertretung aus ihrer Rolle einer *Quantité négligeable* heraustreten und gestattete ihr, in der Bundesversammlung ein entscheidendes Wort mitzureden.

### 3. Kapitel:

#### *Die Entwicklung der lokalen Parteiorganisation*

##### *a) Die Parteireorganisation von 1901*

Obschon in Basel eine richtige Bürgerkriegsstimmung erst durch den Maurerstreik von 1903 entstand, spitzten sich doch bereits um die Jahrhundertwende die Klassengegensätze zu. In der Sozialdemokratie empfand man die verstärkte Tätigkeit gewerblicher Kreise als Kampfansage der äussersten Rechten an die organisierte Arbeiterschaft. Seit 1900 bediente sich der bisher in seinem Vokabular so zurückhaltende Wullschleger für seine immer noch zahlreichen Artikel im «Vorwärts» immer häufiger des Schlagworts vom Klassenkampf und verstand darunter den *Klassenkampf von rechts*. Nach der niederschmetternden Verwerfung seiner Volkshaus-Motion durch den Grossen Rat im November 1900 kommentierte er: «Endlich einmal eine klare Situation. Keine Vertuschung des Klassenkampfes mehr. Der Staat ist kapitalistischer Klassenstaat!» Es gelte, die Herausforderung zurückzuzahlen, der Weg dazu sei der umfassende Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation.<sup>1)</sup>

Die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung war durch die Errichtung eines vollamtlichen Arbeitersekretariats bereits erfolgt. Noch vor der Neuorganisation der SPS durch die «Solothurner Hochzeit», aber im Blick darauf, wurde die *Umbildung der lokalen Partei* in Angriff genommen. Am 5. März 1901 nahm eine Parteiversammlung die neuen Statuten an.<sup>2)</sup>

Sie brachten zahlreiche Neuerungen. So wurden nun Ausländer als Passivmitglieder zugelassen, zwar ohne Stimmrecht bei politischen Fragen, aber mit dem Recht, über die Verwendung der Parteigelder mitzubefinden. Die in der SPS seit 1891 vorwiegende *indirekte Struktur* wurde nun auch von der lokalen Partei übernommen: